

## Ausgangsartikel Ostthüringer Zeitung

### Kampf gegen Mietwucher: Grünen-Chef Habeck hält Enteignungen für denkbar

Zehntausende haben am Wochenende gegen steigende Mieten protestiert. Zu einer ihrer Forderungen bezog der Grünen-Chef Robert Habeck nun Stellung. 07. April 2019 / 13:32 Uhr  
Der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck kann sich Enteignungen unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen. In der Debatte über die Deckelung steigender Mieten und die Schaffung neuen Wohnraums hält der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck prinzipiell auch Enteignungen für denkbar. In der „Welt am Sonntag“ schlug er vor, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) umgehend anordnen sollte, alle Grundstücke der Bundesimmobiliengesellschaft zu annehmbaren Preisen an die Kommunen abzugeben, wenn diese sich verpflichteten, darauf Sozialwohnungen zu errichten. Auch sprach er sich für mehr Einsatz gegen Bodenspekulanten aus. Wenn diese Maßnahmen keinen Erfolg zeigten, „muss notfalls die Enteignung folgen. Das Grundgesetz sieht solche Enteignungen zum Allgemeinwohl ausdrücklich vor. Es wäre doch absurd, wenn wir das nur anwenden, um neue Autobahnen zu bauen, aber nicht, um gegen die grassierende Wohnungsnot vorzugehen“, sagte Habeck. Bundesweit hatten am Samstag Zehntausende gegen steigende Mieten demonstriert. In Berlin begann zugleich ein bislang einmaliges Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne. Wirtschaftsverbände und Politiker warnten davor. Ein Hauptargument ist, dass dadurch kein neuer Wohnraum entstehen würde.

## Leserbrief vom 08.04.19 – gelb markierte Stellen wurden verändert und verschwiegen

### Leserbrief zu „Grünen-Chef Habeck hält Enteignungen für denkbar“ - „Habeck für Enteignungen“ 08.04.19

Grünen-Chef Habeck spaltet die Gesellschaft mit einer unverantwortlichen Wohnungspolitik. Enteignungen von Wohnungsunternehmen sind keine Lösungsvorschläge, sondern der pure Populismus. Demagogen wie Habeck schüren mit den Themen Mieten, Klimawandel, Energiewende oder Verkehr bewusst Ängste. Gerade in den Großstädten sind die Grünen mit ihren Genossen der SPD und der Linken für diese Situation verantwortlich. In Berlin hat der Rot-Rote Senat 2004 das größte landeseigene Wohnungsunternehmen GSW verkauft um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Cerberus und Goldman Sachs zahlten dem Senat pro Wohnung gerade mal 6.000 €, ein Zehntel des Marktwertes. Warum erhalten in Berlin die „Brandstifter“ einen Orden und keine Gefängnisstrafe? Die Regierenden hatten den Börsengang von Goldman Sachs 2014 zugestimmt, der zur heutigen Misere geführt hat. Der Umgang der Links-Grünen mit der Angst der Wohnungssuchenden ist perfide und heuchlerisch. Die Grünen müssten auch erkannt haben, dass das Eigentum Grund- und Freiheitsrecht ist. Mit dem verfassungswidrigen Populismus überschreiten die Grünen eine rote Linie und offenbaren einmal mehr ihr zweifelhaftes Staatsverständnis. Wer wie Habeck der Rhetorik der Enteignungen folgt, verliert sein bürgerliches Image und gerät in das Fahrwasser einer Diktatur.

Wolfgang Kleindienst  
Pößneck

**gekürzter Leserbrief vom 13.04.19**

Sonnabend, 13. April 2019

**Leserpost**

**Enteignungen keine  
Lösungsvorschläge**

**Zum Beitrag „Habeck für Enteignungen“ (OTZ, 8.4.2019).**

Grünen-Chef Habeck spaltet die Gesellschaft mit einer unverantwortlichen Wohnungspolitik. Enteignungen von Wohnungsunternehmen sind keine Lösungsvorschläge, sondern der pure Populismus.

Habeck schürt mit den Themen Mieten, Klimawandel, Energiewende oder Verkehr bewusst Ängste. Gerade in den Großstädten sind die Grünen mit ihren Genossen der SPD und der Linken für diese Situation verantwortlich. In Berlin hat der rot-rote Senat 2004 das größte landeseigene Wohnungsunternehmen GSW verkauft, um Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Die Regierenden hatten dem Börsengang von Goldman Sachs 2014 zugestimmt, der zur heutigen Misere geführt hat.

Der Umgang der Links-Grünen mit der Angst der Wohnungssuchenden ist perfide und heuchlerisch. Die Grünen müssten auch erkannt haben, dass das Eigentum Grund- und Freiheitsrecht ist. Mit dem verfassungswidrigen Populismus überschreiten die Grünen eine rote Linie und offenbaren einmal mehr ihr zweifelhaftes Staatsverständnis.

Wer wie Habeck der Rhetorik der Enteignungen folgt, verliert sein bürgerliches Image und gerät in das Fahrwasser einer Diktatur. (gekürzt)

**Wolfgang Kleindienst,  
Pößneck**